

Sudan – Massenmord und Erpressungsgeschäfte

Amnesty International

Überlebende aus Al-Faschir berichten von Tötungen und sexualisierter Gewalt durch RSF-Miliz

Es ist die größte humanitäre Krise der Welt: Der Konflikt zwischen der paramilitärischen Miliz „Rapid Support Forces“ (RSF) und den sudanesischen Streitkräften (SAF) hat seit April 2023 zehntausenden Menschen das Leben gekostet. Mehr als zwölf Millionen Menschen wurden vertrieben.

TRIGGERWARNUNG: Dieser Text enthält explizite Beschreibungen von Vergewaltigungen und sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Am 26. Oktober 2025 eroberten RSF-Kämpfer die Stadt Al-Faschir im Bundesstaat Nord-Dafur und verübten Massaker. Amnesty International hat mit Überlebenden gesprochen. Die erschütternden Berichte sind einige der ersten Schilderungen von Augenzeug*innen, die nach dem Fall der Stadt aus Al-Faschir geflohen sind.

Das Ausmaß der Gräueltaten der RSF-Miliz in Al-Faschir war vom Weltall aus zu sehen: Satellitenbilder zeigten laut Medienberichten Blutlachen, Leichen und Zer-

störung. Anderthalb Jahre hatten die „Rapid Support Forces“ (RSF) die Stadt belagert. Als die Miliz Al-Faschir am 26. Oktober 2025 eroberte, waren noch schätzungsweise 260.000 Zivilpersonen in der Stadt eingeschlossen. Sie waren den RSF-Kämpfern schutzlos ausgeliefert.

Überlebende, die aus Al-Faschir fliehen konnten, haben Amnesty International berichtet, wie RSF-Kämpfer bei der Eroberung der Stadt zahlreiche unbewaffnete Männer hinrichteten und Dutzende von Frauen und Mädchen vergewaltigten.

Recherche-Teams von Amnesty International befragten insgesamt 28 Überlebende. Ihnen war es gelungen, sich in der Stadt Tawila westlich von Al-Faschir und in Tina an der Grenze zum Tschad in Sicherheit zu bringen. Sie waren geflohen, als die RSF am 26. Oktober 2025 Al-Faschir umstellten und dann einmarschierten. Drei Interviews wurden persönlich im Tschad geführt, die übrigen per Video über mobile Geräte.

Die Befragten schilderten, dass sie miterlebten, wie Gruppen von Männern erschossen oder verprügelt und als Geiseln genommen wurden, um Lösegeld zu erpressen. Weibliche Überlebende gaben an, dass sie und einige ihrer Töchter sexualisierter Gewalt durch RSF-Kämpfer ausgesetzt waren. Viele Befragte berichteten, dass sie Hunderte von Leichen in den Straßen von Al-Faschir und den Hauptausfallstraßen liegen sahen.

Die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden

„Die Welt darf nicht wegschauen, wenn weitere Details über den brutalen Angriff der RSF auf Al-Faschir bekannt werden.“

Die Überlebenden, die wir interviewt haben, berichteten von unvorstellbarem Grauen, dem sie auf ihrer Flucht aus der Stadt ausgesetzt waren“, sagte Agnès Callamard, internationale Generalsekretärin von Amnesty International. „In den kommenden Wochen werden weitere Belege für die von RSF-Kämpfern in Al-Faschir verübte Gewalt auftauchen. Diese anhaltende Gewalt gegen die Zivilbevölkerung stellt ein Kriegsverbrechen dar und kann auch Kriterien für andere völkerrechtliche Straftaten entsprechen. Alle Verantwortlichen müssen für ihre Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden.“

„Während der Konflikt weitergeht, sind die Schilderungen der Überlebenden ein weiterer Beweis für das Versagen der internationalen Gemeinschaft im Sudan“, so Callamard weiter. „Die internationale Gemeinschaft muss ihre Bemühungen verstärken, um die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, die Gefährdeten zu schützen und von allen Staaten, die die RSF entweder direkt unterstützen oder deren Handlungen ermöglichen, eine sofortige Kursänderung zu verlangen.“

„Als die Menschen am Boden lagen, haben die RSF-Kämpfer sie hingerichtet“

Einer der Überlebenden, mit denen Amnesty sprach, ist Ahmed (Name geändert). Der 21-Jährige versuchte mit seiner Frau, zwei kleinen Kindern und seinem älteren Bruder zu fliehen, indem er einer Gruppe von Soldaten der sudanesischen Streitkräfte (SAF) folgte, die ihre Posten verlassen hatten.

Nachdem seine Frau durch ein Schrapnell getötet und er von seinen Kindern getrennt wurde, war Ahmed gezwun-

gen, mit seinem Bruder weiter nach Norden zu ziehen. Unterwegs nahmen sie zwei Mädchen im Alter von drei und vier Jahren auf. Ihre Eltern waren offenbar getötet worden. Als die Gruppe zusammen mit drei anderen Männern und einer älteren Frau Golo erreichten, am Stadtrand von Al-Faschir gelegen, erreichte, gerieten sie in einen Hinterhalt von RSF-Kämpfern.

Ahmed sagte: „Sie fragten uns: ‚Seid ihr Soldaten oder Zivilisten?‘, und wir sagten ihnen, wir seien Zivilisten. Sie erwiderten: ‚In Al-Faschir gibt es keine Zivilisten, jeder ist ein Soldat.‘“ Die RSF-Kämpfer befahlen dann seinem Bruder und den anderen drei Männern, sich hinzulegen: „Als sie am Boden lagen, haben sie sie hingerichtet.“

Die Kämpfer ließen Ahmed, die beiden jungen Mädchen und die ältere Frau aus für sie unklaren Gründen gehen. Drei Tage später erreichte Ahmed mit den beiden Mädchen das etwa 60 Kilometer entfernte Tawila. Die ältere Frau starb jedoch auf der Reise, wahrscheinlich an Dehydrierung.

„Meine Freunde starben vor meinen Augen“

Der 19-jährige Daoud (Name geändert) floh aus Al-Faschir mit sieben Freunden aus der Nachbarschaft. Er sagte, sie seien alle getötet worden, nachdem RSF-Kämpfer sie an einer Böschung, die die Stadt umgibt, gefangen genommen hatten: „Sie schossen aus allen Richtungen auf uns... Meine Freunde starben vor meinen Augen.“

„Die RSF tötete Menschen wie Fliegen“

Khalil (Name geändert) floh am 27. Oktober aus Al-Faschir. Der 34-jährige schilderte, wie er und etwa 20 weitere Personen, denen es zunächst gelungen war, die Böschung zu überwinden, bald darauf von RSF-Kämpfern in Autos eingeholt wurden: „Die RSF-Kämpfer... fordernten uns auf, uns auf den Boden zu legen... Zwei RSF-Kämpfer eröffneten das Feuer auf uns... Sie töteten 17 der 20 Männer, mit denen ich auf der Flucht war.“

Khalil sagte, er habe nur überlebt, weil er sich totgestellt habe: „Die RSF tötete Menschen wie Fliegen. Es war ein Massaker. Keine der getöteten Personen, die ich gesehen habe, waren bewaffnete Soldaten“.

UNO: Im Sudan eskaliert die Gewalt

9.2.2026 | UN-Menschenrechtskommissar Volker Türk fordert die internationale Gemeinschaft auf, im Sudan umgehend einzugreifen, um weitere Massenmorde, ethnische Säuberungen und andere Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung zu verhindern.

Der UN Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk fordert, das Darfur-Waffenembargo auf den ganzen Sudan auszuweiten. Rivalisierende Militärs der nationalen Armee (SAF) und Milizen der Rapid Support Forces (RSF) kämpfen seit fast drei Jahren um die Kontrolle über das rohstoffreiche Land. Der „ständige Waffenzufluss“ müsse gestoppt werden.

Türk liegen konsistente Berichte über die Massentötung von Hunderten von Menschen vor, die an der El Fasher University untergebracht waren und allein aufgrund ihrer nicht-arabischen ethnischen Zugehörigkeit – insbesondere als Zaghawa – getötet wurden.

Es gäbe Berichte über Haufen von Leichen entlang der Straßen nach El Fasher berichtete der Hochkommissar und unterstützte einmal mehr die Schlussfolgerung des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC), dass Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in El-Fasher stattgefunden hätten.

Die kriegsbedingte humanitäre Notlage betrifft mit den über 9 Mio. Binnenvertriebenen und über 3 Mio. in die Nachbarländer Geflohenen inzwischen mehr als 30 Millionen Menschen im Sudan. Viele wurden schon mehrfach vertrieben, hungern und es sind insbesondere Frauen und Mädchen systematischer sexueller Gewalt, einschließlich Gruppenvergewaltigungen, ausgeliefert.

Während sich die Kämpfe inzwischen in der zentralen Kordofans-Regionen fortsetzen, sei zu erwarten, dass weitere schwerwiegende Misshandlungen passieren, auch durch von beiden Seiten verantwortete opferreiche Drohnenangriffe.

Zivilisten im Sudan seien von summarischen Hinrichtungen, sexueller Gewalt, willkürlicher Inhaftierung und Familientrennung bedroht. Schätzungen gehen von 400.000 im Sudan Getöteten aus.

Quelle: <https://news.un.org/en/story/2026/02/1166925>

„Sie haben es genossen, sie haben gelacht“

Badr (Name geändert) war bis zum 26. Oktober mit seinem Onkel in Al-Faschir geblieben, der sich im Krankenhaus von einer Schussverletzung am Bein erholte. Am 27. Oktober organisierte der 26-jährige einen Eselskarren, um seinen Onkel, zwei weitere ältere Patienten und deren Angehörige gegen 1 Uhr nachts aus der Stadt zu bringen. Als sie das Dorf Shagara, etwa 20 km westlich von Al-Faschir, erreichten, wurden sie von RSF-Fahrzeugen eingekreist.

Gegenüber Amnesty berichtete Badr, dass RSF-Kämpfer ihnen die Hände fesselten und die jüngeren, unverletzten Männer

aufforderten, hinten in ihren Pickup zu steigen. Sie verlangten, dass auch die drei älteren Männer, die alle über 50 Jahre alt und schwer verletzt waren, einstiegen.

Badr sagte: „Sie konnten sehen, dass es sich um ältere Menschen handelt, dass sie nicht selbst gehen konnten und in den Transporter getragen werden müssten... Sie dachten, dass sie damit ihre Zeit verschwenden... Einer von ihnen, der ein Maschinengewehr hatte, stieg [aus dem Lastwagen] und ... eröffnete das Feuer. Er tötete sie, und dann tötete er die Esel... [Die RSF-Kämpfer] hatten Spaß daran, sie lachten.“

Die RSF-Kämpfer verbanden Badr die Augen und brachten ihn zusammen mit



No name.

fünf anderen Gefangenen in ein nahe gelegenes Dorf. Nach drei Tagen wurden sie an einen anderen Ort verlegt, der etwa vier Autostunden entfernt war. Badr durfte seine Verwandten anrufen, und die RSF-Milizen verlangte, dass sie mehr als 20 Millionen sudanesisches Pfund (etwa 8.880 USD) für seine Freilassung zahlen.

Während seiner Gefangenschaft wurde Badr Zeuge, wie ein RSF-Milizionär die Hinrichtung eines Mannes während eines Telefonats mit Angehörigen filmte. Der Mann war einer von drei inhaftierten Brüdern, deren Familie noch kein Lösegeld für ihre Freilassung gezahlt hatte. Badr sagte: „Sie schossen einem vor laufender Kamera in den Kopf und sagten [seinen

Angehörigen]: Wenn ihr das Geld nicht so schnell wie möglich schickt, werden die anderen beiden getötet und ihr werdet nicht einmal erfahren, dass sie getötet wurden.“

Sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Ibtisam (Name geändert) verließ am Morgen des 27. Oktober mit ihren fünf Kindern das Viertel Abu Shouk in Al-Faschir. Zusammen mit einer Gruppe von Nachbar*innen machten sie sich auf den Weg nach Westen in Richtung Golo, wo sie von drei RSF-Kämpfern aufgehalten wurden.

Ibtisam sagte: „Einer von ihnen zwang mich, mit ihnen zu gehen, zerschnitt meine Jalabiya [ein traditionelles Gewand] und vergewaltigte mich. Als sie gingen, kam meine 14-jährige Tochter zu mir. Ich stellte fest, dass ihre Kleidung blutverschmiert und zerrissen war. Ihr Haar am Hinterkopf war voller Staub.“

Ibtisam erzählte Amnesty International, dass ihre Tochter die nächsten Stunden schweigend verbrachte, bis sie ihre Mutter weinen sah: „Sie kam zu mir und sagte: ‚Mama, sie haben mich auch vergewaltigt, aber sag es niemandem‘. Nach der Vergewaltigung wurde meine Tochter sehr krank... Als wir Tawila erreichten, verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand, und sie starb in der Klinik.“

Die 29-jährige Khaltoum (Name geändert), versuchte am Nachmittag des 26. Oktober mit ihrer zwölfjährigen Tochter aus Al-Faschir zu fliehen. Zusammen mit mehr als 150 weiteren Personen erreichten sie das „Babul Amal“-Tor auf der Westseite der Stadt. Sie wurden von RSF-Kämpfern aufgehalten, die die Männer von den Frauen trennten und fünf Männer töteten.

Khaltoum wurde anschließend zusammen mit ihrer Tochter und etwa 20 anderen Frauen zu Fuß in das mehr als zehn Kilometer entfernte Binnenvertriebenenlager Zamzam gebracht. Dort trennten RSF-Kämpfer die jüngeren Frauen von den anderen und forderten sie auf, sich für eine Durchsuchung anzustellen.

Khaltoum sagte Amnesty International: „Sie wählten etwa elf von uns aus... Ich wurde in eine Rakuba [Behelfsunterkunft] gebracht, und ein bewaffneter RSF-Kämpfer und ein anderer, der nicht bewaffnet war, begleiteten mich. Sie durchsuchten mich und dann vergewaltigte mich der unbewaffnete Mann, während der andere zusah. Er hielt mich den ganzen Tag dort fest. Er hat mich dreimal vergewaltigt. Meine Tochter wurde nicht vergewaltigt, aber die anderen zehn Frauen, die sie für die Suche ausgewählt haben, wurden alle vergewaltigt.“

Quelle: <https://www.amnesty.de/aktuell/sudan-al-faschir-ueberlebende-berichte-toetungen-sexualisierte-gewalt-rsf-miliz>

Zivile Stimmen fehlen im Sudan-Friedensprozess

Sudan Netzwerk

Der Krieg der beiden Generale Burhan (Sudanese Armed Forces / SAF) und Hemetti (Rapid Support Forces/ RSF) darf nicht von den Militärs alleine entschieden werden. Nach den beiden ergebnislosen internationalen Konferenzen in Paris und London, richtet jetzt die Bundesregierung am 15. April 2026 ein Sudan-Treffen in Berlin aus – am dritten Jahrestag des Kriegsausbruchs.

Die beiden kriegsführenden Parteien sind nicht eingeladen, sondern die sogenannte „Quad-gruppe“: Friedensbotschafter von Saudi Arabien, den Vereinigten Emiraten, Ägypten und den USA. Diese Staaten setzen sich für einen Waffenstillstand ein, der einen Friedensprozess einleitet und eine Art Roadmap für den Übergang zu einer zivilen Regierung auf den Weg bringen soll. Die Öffentlichkeit, auch die sudanesishe Diaspora und die deutsche Zivilgesellschaft ist von diesem Treffen ausgeschlossen.

Das Sudan Netzwerk, eine Gruppe von Vertreter*innen von 20 NGOs und Vereinen vertritt die Zivilgesellschaft. Dabei sind Amnesty International, International Rescue, Plan International, Caritas und auch politische Organisationen wie die Böll-Stiftung, Stiftung Wissenschaft und Politik, Konrad Adenauer Stiftung und kleinere Menschenrechtsorganisationen wie Sudan/ Südsudan-Forum oder *borderline-europe*.

Eine wichtige Stimme der Zivilgesellschaft ist die der Diaspora. Die Stimmen der sudanesischen Zivilgesellschaft müssen bei der Konferenz gehört, verstärkt und in alle humanitären und politischen Prozesse eingebunden werden.

Dringend erforderlich ist mehr Transparenz sowie eine stärkere Zusammenarbeit mit den (internationalen NGOs) und eine stärkere Unterstützung der existierenden Strukturen im Sudan, wie den Emergency Response Rooms (ERR), die über eine nationale Koordination und flächendeckende Möglichkeiten, humanitäre Hilfe zu leisten, verfügen.

Der Konflikt im Sudan ist kein binärer Machtkampf, sondern ein systematischer Krieg gegen die Zivilbevölkerung, insbesondere gegen Frauen und Aktivist*innen. Diese Perspektive sollte der Ausgangspunkt aller Diskussionen und Entscheidungen sein.

Vor einem Friedensschluss müssen die kriegsführenden Parteien sich zu einer Rechenschaft über Gewalt gegen Frauen verpflichten und disziplinarische Maßnahmen ergriffen werden. Die Kämpfenden und Befehlsgeber müssen sich zu internationalem Recht bekennen und Verstöße geahndet werden.

Transnationale Flüsse (Gold, Geld, Waffen, Treibstoff, Drogen) speisen den Konflikt. Ihre Unterbrechung ist eine Voraussetzung für eine Deeskalation. Es ist aus Sicht des Sudan Netzwerks zentral, dass nicht geopolitische Interessen im Weg stehen, wenn es darum geht, diese Geld- und Materialflüsse, die den Krieg und damit die Gewalt gegen die Zivilist*innen im Sudan verlängern und verstärken, zu stoppen.

Um einen Friedensprozess zu ermöglichen, muss die Kriegsökonomie unterbrochen werden, die Waffenlieferungen aus dem Ausland nicht nur verbal oder schriftlich verboten werden, sondern Lieferungen aus den Herstellungsländern genau bis zum endgültigen Verbleib nachverfolgt werden. Möglich wären die Einrichtung einer europäischen IFF-Taskforce (International Finance Forum) unter Einbindung der Financial Action Task Force (FATF) zur Bekämpfung von Geldwäsche und Konfliktfinanzierung

Kontakt zum Sudan-Netzwerk und Informationen zu den Ergebnissen der Berliner Konferenz gibt es bei Andrea Stäritz, mail@borderline-europe.de, www.borderline-europe.de